

Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Akademischen Senats am 6. Juli 2005 (VI/19) von 17.00
Uhr bis 20.45 Uhr im Konzilzimmer

Vorsitz: Prof. Dr. Edda Siegl, MNF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfgang Bernard, PHF	bis 18.30 Uhr
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF	
Prof. Dr. Bernhard Hardtung, JUF	i. V. von Prof. Dr. H.–J. Schütz, JUF
Prof. Dr. Michael Hembus, AUF	
Prof. Dr. Dr. Theodor Nebl, WSF	
Prof. Dr. Dieter Neßelmann, MNF	
Prof. Dr. Mathias Paschen, MSF	
Prof. Dr. Peter Schuff-Werner, MEF	bis 20.00 Uhr
Prof. Dr. Anna-Katharina Szagun, THF	
Prof. Dr. Djamshid Tavangarian, IEF	i. V. von Prof. Dr. Bernhard Lampe, IEF
Dr. Barbara Amling, SZ	
Dr. Cornelia Mannewitz, PHF	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	bis 19.30 Uhr
Christian Beyer, PHF	
Daniel Münzner, MNF	i. V. von Sara Nagijew, IEF
Maik Walm, PHF	
Thomas Wolff, MNF	17.40 - 19.30 Uhr
Dr. Christa Radloff, RZ	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel	Rektor, bis 17.30 Uhr
Prof. Dr. Detlef Czybulka	Prorektor, 19.00 Uhr
Prof. Dr. Karl Hantzschmann	Prorektor
Joachim Wittern	Kanzler
Prof. Dr. Wolfgang Riedel	Dekan AUF, ab 17.20 Uhr
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Dekanin IEF
Prof. Dr. Alfred Leder	Dekan MSF, bis 19.00 Uhr
Prof. Dr. Ralph Weber	Dekan JUF, bis 18.30 Uhr
Prof. Dr. Udo Kragl	Dekan MNF
Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg	Dekanin MEF, bis 20.15 Uhr
Prof. Dr. Wolfgang Sucharowski	Dekan PHF, bis 18.30 Uhr
Prof. Dr. Hermann Michael Niemann	Dekan THF, bis 19.00 Uhr
Prof. Dr. Jakob Rösel	Dekan WSF, bis 19.00 Uhr
Prof. Dr. Otto Fiedler	Ehrensensator, bis 19.00 Uhr
Prof. Dr. Gerhard Maeß	Ehrensensator, bis 18.30 Uhr
Prof. Dr. Horst Pätzold	Ehrensensator, bis 18.30 Uhr
Dr. Jobst Mehlan	Personalrat, bis 19.00 Uhr

Gäste:

Prof. Dr. Henning Schröder, MNF, Institut für Physik	zu TOP 3
Prof. Dr. Clemens H. Cap, IEF	zu TOP 5
Prof. Dr. Andreas Brandstädt, IEF	zu TOP 7
Prof. Dr. Gerd Gross, MEF, DUK	zu TOP 8
Prof. Dr. Heinrich von Schwanewede, MEF, ZMK	zu TOP 9
Prof. Dr. Bodo von Bodungen, MNF, IOW	zu TOP 10
Prof. Dr. Antonius Hansel, PHF, ISP	zu TOP 11

Vorläufige Tagesordnung:

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Ergebnisprotokolls der Sitzungen des Akademischen Senats vom 1. Juni 2005 (VI/17) und vom 22. Juni 2005 (VI/18)
- 3 Beschlusskontrolle
 - Beschlussfassung über die Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „Master of Science“ im Fach Physik
Vorlage: VI/74
- 4 Anfragen an die Universitätsleitung / Informationen der Universitätsleitung

II Studium und Lehre

- 5 Anpassung der Vorgaben der Modularisierung an die Vorgaben von Akkreditierung, Fakultätentagen und an die Bedürfnisse der Fächer
Bericht: Prorektor Prof. Dr. Czybulka
Prof. Dr. Cap, Fakultät für Informatik und Elektrotechnik
Vorlage: VI/81

III Personalangelegenheiten (- nichtöffentlicher Teil der Senatssitzung -)

- 6 Beschlussfassung über den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an PD Dr. Jochen Casper
Bericht: Senator Prof. Dr. Hembus, Koreferent
Vorlage: VI/70
- 7 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-Professur „Theorie der Programmiersprachen und Programmierung“ an der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik
Bericht: Senator Prof. Dr. Neßelmann, Koreferent
Prof. Dr. Brandstädt, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: VI/71

- 8 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-
Professur „Dermatologie und Venerologie“ an der Medizinischen Fakultät
Bericht: Senator Prof. Dr. Bernard, Koreferent
 Prof. Dr. Gross, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: VI/72
- 9 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-
Professur „Konservierende Zahnheilkunde“ an der Medizinischen Fakultät
Bericht: Senator Prof. Dr. Hardtung, Koreferent
 Prof. Dr. von Schwanewede, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: VI/73
- 10 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-
Professur „Meereschemie“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen
Fakultät und am Institut für Ostseeforschung Warnemünde
Bericht: Senator Prof. Dr. Dr. Nebl, Koreferent
 Prof. Dr. von Bodungen, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: VI/79
- 11 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-
Professur „Erziehungswissenschaft unter Berücksichtigung der Schulpädagogik und der Empirischen Bildungsforschung“ an der Philosophischen Fakultät
Bericht: Senator Prof. Dr. Paschen, Koreferent
 Prof. Dr. Hansel, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: VI/80

IV Rechtsangelegenheiten

- 12 Beschlussfassung über die Richtlinie der Universität Rostock über das
Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen und Forschungs- und
Lehrzulagen
Bericht: Rektor, Kanzler
Vorlage: VI/75
- 13 Beschlussfassung über die Promotionsordnung der Fakultät für Informatik
und Elektrotechnik
Bericht: Prof. Dr. van Rienen, Dekanin
Vorlage: VI/76
- 14 Beschlussfassung über die Änderung der Gebührenordnung der Universität
Rostock
Bericht: Kanzler, Senatorin Dr. Amling
Vorlage: VI/77

V Strukturangelegenheiten

- 15 Information zur Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Stiftungsprofessur „Angewandte Heterogene Katalyse/Technologien“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Kragl, Dekan
Vorlage: VI/78
- 16 Information zur Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur „Tiergesundheit und Tierschutz“ an der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Riedel, Dekan
Vorlage: VI/82

VI Informationen

zu 1

Der Senat war zu Beginn mit 15 und im weiteren Verlauf der Sitzung mit 19, 17 und 14 stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Es lagen zwei Anträge zur Änderung der vorläufigen Tagesordnung vor:

- Auf Bitten der Philosophischen Fakultät sollten die Tagesordnungspunkte 8 und 10 wegen einer um 19.00 Uhr beginnenden Festveranstaltung der Fakultät vorgezogen werden.
- Unter dem Tagesordnungspunkt 4 wird Prof. Dr. Krüger zu den Belangen der Universitätsgeschichte berichten.

Die vorläufige Tagesordnung wollte mit den o. g. Änderungen bestätigt.

zu 2

Die Ergebnisprotokolle der Sitzung des Akademischen Senats vom 1. Juni 2005 (VI/17) und der Sondersitzung vom 22. Juni 2005 (VI/18) wurden genehmigt.

zu 4

Der Rektor berichtete zum **Sachstand der hochschulpolitischen Strukturdebatte**. Er zeigte sich von den letzten Gesprächen mit dem Bildungsminister sehr enttäuscht. Am 4. Juli 2006 lag der Universität ein Entwurf einer Gesetzesänderung zum Landeshochschulgesetz (LHG) M-V vor. Der Gesetzesänderungsvorschlag beruht auf einem mündlichen Beschluss des Kabinetts. Die Rechtsänderung sieht vor, dass bei einem Nichtzustandekommen von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen das Bildungsministerium Zielvorgaben erlassen kann. In deren Folge können von der Regierung nach Anhörung der Hochschulen Studiengänge aufgehoben oder eingerichtet werden. Weiterhin sollen entsprechend der vorgeschlagenen Übergangsregelung durch Rechtsverordnung auch die Bildung von gemeinsamen Fachbereichen ermöglicht werden. Im September soll der Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht werden. Zuvor werden die Hochschulen angehört.

Der Rektor bezeichnete die geplante Änderung des LHG M-V als massiven Eingriff in die Hochschulautonomie. Entgegen dem Trend in anderen Bundesländern sollen die Hochschulen in M-V zu nachgeordneten Behörden herabgestuft werden.

Weiterhin informierte der Rektor, dass die Gespräche mit dem Bildungsministerium in der nächsten Woche fortgesetzt werden sollen. Um sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, werden die Hochschulrektoren nicht einzeln, sondern jeweils die beiden Universitätsrektoren und die Fachhochschulrektoren mit dem Bildungsminister verhandeln.

Der Kanzler nahm zu der schriftlichen Anfrage von Senatorin Dr. Mannewitz bezüglich der **Darstellung der Studiengänge** im Vorlesungsverzeichnis und im Internet Stellung. Er sagte, dass im Vorlesungsverzeichnis keine zukünftigen, sondern nur vom Bildungsministerium genehmigte Studiengänge abgebildet werden. Ausgelaufene Studiengänge werden nur bis zum Ablauf der Regelstudienzeit abgebildet. Prorektor Prof. Dr. Czybulka ergänzte, dass im Internet nur auf solche Studiengänge verwiesen wird, deren Genehmigungsverfahren weit fortgeschritten sind. Er sagte eine Überprüfung der Darstellung der Studienangebote zu. Der Kanzler verwies abschließend darauf, dass die Fakultäten für die Darstellung der Lehrangebote auf ihren Internetseiten verantwortlich sind.

Der Kanzler informierte, dass

- entsprechend einer neuen Verfügung des Finanzministeriums die bisherige **Haushaltssperre** von 20 % auf 5 % herabgesenkt worden ist.
- außer dem Projekt Hauptgebäude alle **Investitionsvorhaben** vorerst vom Bildungsministerium gestoppt worden sind. Als Begründung wurde die Klärung der ausstehenden Strukturfragen angegeben.
- das Bildungsministerium hat nach Abstimmung mit dem Finanzministerium eine Fortsetzung des **Hochschulfinanzkorridors** mit einer jährlichen Budgetsteigerung von 1,5 % für 2006 und 2007 angekündigt. Eine Modifizierung der bisherigen Regelung besteht darin, dass künftig die 1,5-prozentige Erhöhung der Personalkosten nur bei Tarifsteigerungen an die Universität gezahlt wird. Werden keine Tarifierhöhungen abgeschlossen, wird der 1,5-prozentige Personalkostenzuschuss angespart.
- der Universitätsleitung ein 42-seitiges Strukturpapier zur Ablösung der Personalkoordinierungsstelle beim Innenministerium zugegangen ist. Künftig laufen alle **Personaleinstellungen im nichtwissenschaftlichen Bereich** über die neue Personalmanagementstelle des Finanzministeriums. Der Kanzler brachte seine Befürchtung darüber zum Ausdruck, dass die von Einsparmaßnahmen betroffenen Behörden ihre leistungsschwachen Mitarbeiter in den Personalüberhang geben und dass diese anschließend auf die freien Stellen der Universität vermittelt werden. Diese Regelung gilt auch für nichtwissenschaftliche Drittmittelstellen.

Im Rahmen der Erarbeitung einer neuen **Universitätsgeschichte** und in Vorbereitung des 600-jährigen Universitätsjubiläums richtete sich Prof. Dr. Krüger, Historisches Institut, mit folgendem Anliegen an alle Professoren der Universität:

- Bereitstellung von Belegexemplaren aller Veröffentlichungen aus der Universität ab 2005,
- freiwillige Abgabe von Belegexemplaren für die Zeit vor 2005,
- freiwillige Angaben aller Professoren zu einem Katalog der Rostocker Professoren.

Alle Professoren werden diesbezüglich noch schriftlich detaillierte Informationen erhalten.

Der Kanzler wies darauf hin, die Verknüpfungen zu bereits vorhandenen bzw. im Aufbau befindlichen Datenbanken (z. B. Forschungsdatenbank) zu beachten.

zu 3

Die Beschlussfassung über die Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „Master of Science“ im Fach Physik war in der Sitzung am 1. Juni 2005 aufgrund des Vetos der Studierenden nicht zu Stande gekommen. Die Studenten befürworteten einen Notenverbesserungsversuch für den Freiversuch als Ergänzung im § 12 der Prüfungsordnung.

Prof. Dr. Schröder, Institut für Physik, berichtete, dass dieser Vorschlag im Institut diskutiert worden ist. Im Ergebnis der Diskussion lehnt das Institut für Physik den Vorschlag der Studierenden ab. Auf Nachfrage begründete Prof. Dr. Schröder die Ablehnung des Notenverbesserungsversuchs für den Freiversuchs damit, dass die betroffenen Studierenden jederzeit den Freiversuch abbrechen und diesen dann regulär wiederholen könnten.

Stud. Senator Walm sprach sich nochmals für die Aufnahme eines Notenverbesserungsversuchs für den Freiversuch aus und verwies auf die entsprechende Regelung in der vom Senat beschlossenen Musterprüfungsordnung.

Prorektor Prof. Dr. Czybulka erklärte, dass das LHG M-V beide Möglichkeiten – mit und ohne Notenverbesserungsversuch - zulässt.

Im Ergebnis der Aussprache stimmte der Senat mehrheitlich dem Beschlussvorschlag des stud. Senators Walm zu, den § 12 der Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „Master of Science“ im Fach Physik wie folgt zu ergänzen:

„Absatz 3: Besteht ein Kandidat seine Modulprüfung im Freiversuch (Abs. 1), darf er die Prüfung im nächsten Prüfungszeitraum erneut ablegen (Verbesserungsversuch). Hat der Verbesserungsversuch Erfolg, gilt die dort erzielte Note.“

Beschlusnummer: VI/73

Abstimmungsergebnis: 11/4/4

zu 5

Im Mai 2004 hatte der Senat der Modularisierungsinitiative der Universitätsleitung zugestimmt. Ein Eckwert dieses Konzeptes war der Ausweis der Standardmodulgröße im Umfang von 12 Leistungspunkten und in Einzelfällen des Halbmoduls im Umfang von 6 Leistungspunkten.

Dem Senat lag zur Sitzung ein Vorschlag von Prof. Dr. Cap, Fakultät für Informatik und Elektrotechnik, vor, grundsätzlich flexiblere Modulgrößen anzuwenden. Das Vorhaben wurde von 58 Hochschullehrern unterstützt.

Im Vorfeld der Senatsitzung fand diesbezüglich eine Sondersitzung der Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation statt. In der Sitzung wurde ein Kompromissvorschlag ausgehandelt, der in der Vorlage-Nr. VI/83 zusammengefasst und am Vortag der Sitzung an die Senatsmitglieder per E-Mail verschickt worden ist. Der Kompromissvorschlag sah vor, neben den Standardmodulgrößen von 12 und 6 Leistungspunkten in begründeten Einzelfällen auch Module von 3 Leistungspunkten zuzulassen. Soweit Module nicht am Ex- und Import von Lehrleistungen teilnehmen, sollte auch die Bildung von anderen Modulgrößen möglich sein.

Prorektor Prof. Dr. Czybulka äußerte Bedenken gegen die Bildung von kleinen Modulen. Für die Beibehaltung der bisherigen Standardmodulgrößen würde sprechen,

dass kaum Abstimmungen zwischen den Fakultäten nötig wären und dass sich der Umfang der Prüfungsleistungen nicht vergrößern würde. Prorektor Prof. Dr. Czybulka berichtete, dass inzwischen eine Reihe von Fakultäten die Umstellung ihrer Studiengänge auf die BA/MA-Abschlüsse auf der Grundlage der bisherigen Standardmodulgrößen durchgeführt hat. Er verwies darauf, dass die Modularisierung keine formale Umrechnung der Semesterwochenstunden (SWS) der Lehrveranstaltungen in Leistungspunkte ist, sondern die Größe der Module sich in erster Linie inhaltlich und nach dem Lernaufwand der Studenten, Vor- und Nachbereitungszeit sowie Vorbereitungszeit auf die Prüfungen berechnet.

Prorektor Prof. Dr. Czybulka stellte im Zusammenhang mit dieser Diskussion dem Senat die neue Mitarbeiterin des ZQS Frau Dr. Hausstein vor, die für die Umsetzung des Bologna-Prozesses im Rahmen eines HRK-Projektes zuständig ist.

Prof. Dr. Cap forderte über den o. g. Kompromissvorschlag hinaus eine generelle Verwendung des 3-Leistungspunkte-Moduls ohne zusätzliche Begründung. Er begründete dies u. a. mit den unterschiedlichen Lehr- und Lernkulturen in den Fachdisziplinen. Zusätzlich forderte er eine Modulgröße von 9 Leistungspunkten für die Mathematik, weil die zu prüfenden mathematischen Fächer traditionell 4 SWS Vorlesungen und 2 SWS Übungen umfassen, was insgesamt einem Modul von 9 Leistungspunkten entspreche. Diese Module würden in unterschiedlichen Studiengängen genutzt und würden somit nicht zu den in der Vorlage VI/83 vorgeschlagenen Exportmodulgrößen von 3, 6 und 12 Leistungspunkten passen.

Im Verlauf der darauf folgenden intensiven Diskussion sprachen sich mehrere Senatsmitglieder für eine flexiblere Modulstruktur aus.

Auf Antrag von Senator Prof. Dr. Tavangarian fasste der Senat folgenden Beschluss zur Anpassung der Vorgaben des Modularisierungskonzeptes der Universität Rostock:

„Die Standardmodulgrößen an der Universität Rostock betragen 3, 6, 9 und 12 Leistungspunkte. Der Modulaustausch sowie die Bildung eines umfassenden universitären Modulpools darf hierdurch nicht gefährdet werden.“

Beschlusnummer: VI/74

Abstimmungsergebnis: 18/0/0

Stud. Senator Beyer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

zu 8

Senator Prof. Dr. Bernard stellte den Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-Professur „Dermatologie und Venerologie“ an der Medizinischen Fakultät vor. Prof. Dr. Gross, Vorsitzender der Berufungskommission, unterstrich, dass alle Gutachten und der Fakultätsrat die Berufungsliste bestätigt haben. Die Hausberufung wurde in den Akten ausführlich begründet. Prof. Dr. Nöldge-Schomburg, Dekanin der Medizinischen Fakultät, erklärte, dass die o. g. Professur wichtig für die Profilierung der Fakultät sei.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 11

Der Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur „Erziehungswissenschaft unter Berücksichtigung der Schulpädagogik und der Empirischen Bildungsforschung“ an der Philosophischen Fakultät wurde durch Senator Prof. Dr. Paschen

vorgestellt. Prof. Dr. Sucharowski, Dekan der Philosophischen Fakultät, und Prof. Dr. Hansel, Vorsitzender der Berufungskommission, nahmen zu den aufgeworfenen Fragen bezüglich der Gutachten, der Stellungnahme der Fakultätsvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten und der Beschlussfassung des Fakultätsrates Stellung. Prof. Dr. Sucharowski erklärte, dass auch in der zweiten Abstimmung im Fakultätsrat keine Mehrheit für die Berufsungsliste erreicht werden konnte. Prof. Dr. Hansel berichtete, dass die Fakultätsvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten ein negatives Votum abgegeben hat. Eine zuvor gelistete Kandidatin ist von der Berufsungsliste gestrichen worden, weil die Ausrichtung dieser Kandidatin mit der einer vorhandenen Professur übereinstimmt.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 7

Der Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-Professur „Theorie der Programmiersprachen und Programmierung“ an der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik wurde durch Senator Prof. Dr. Neßelmann vorgestellt. Er bestätigte den ordnungsgemäßen Ablauf des Verfahrens.

Ohne weitere Aussprache nahm der Senat die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 9

Senator Prof. Dr. Hardtung stellte den Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-Professur „Konservierende Zahnheilkunde“ an der Medizinischen Fakultät vor. Im Ergebnis der Durchsicht der Berufsungsunterlagen war Senator Prof. Dr. Hardtung zu dem Ergebnis gekommen, dass der Kandidat Prof. Dr. Lang zusammen mit der PD Dr. Arweiler auf den dritten Listenplatz gesetzt werden muss. Der Fehler ist aufgrund einer Fehlinterpretation des Abstimmungsergebnisses des Fakultätsrates entstanden. Prof. Dr. von Schwanewede, Vorsitzender der Berufungskommission, sagte diesbezüglich eine Korrektur der o. g. Berufsungsliste zu.

Prof. Dr. Nöldge-Schomburg, Dekanin der Medizinischen Fakultät, wies darauf hin, dass mit der Besetzung der o. g. Professur ein wichtiger Schritt zur Erhaltung der Zahnmedizin gemacht werden soll. Die Reaktion des Bildungsministeriums nach der Vorlage der Berufsungsliste bleibt abzuwarten.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 10

Der Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-Professur „Meereschemie“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und am Institut für Ostseeforschung Warnemünde wurde von Senator Prof. Dr. Dr. Nebl vorgestellt. Er berichtete, dass bereits im Oktober 2004 eine Berufsungsliste vom Fakultätsrat beschlossen worden war. Der Rektor hatte damals ein weiteres externes Gutachten in Auftrag gegeben, um insbesondere die Leistungen des Drittplazierten als Äquivalent einer Habilitation bewerten zu lassen. Inzwischen steht der Zweitplazierte nicht mehr zur Verfügung, so dass nun nur noch ein Berufungsvorschlag mit zwei Kandidaten vorliegt. Prof. Dr. von Bodungen, Vorsitzender der Berufungskommission, erklärte, dass die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät nach Auswertung der Gutachten und eingehender Beratung im Fakultätsrat für den Zweitplazierten, ehemals Drittplazierten, eine befristete Berufung vorschlagen hat. Prorektor Prof. Dr. Hantzschmann hatte diesbezüglich eine telefonische Anfrage an das Bildungsministerium gestellt und bereits ein positives Signal für eine befristete Berufung erhalten.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Zum Abschluss der Behandlung der Berufungslisten informierte Prorektor Prof. Dr. Hantzschmann, dass das Bildungsministerium unter Angabe von Vorbehalten in jedem einzelnen Verfahren faktisch die gesamte Berufungspolitik der Universität gestoppt hat. Auf Nachfrage erklärte er weiter, dass unklar ist, ob diese Praxis des Bildungsministeriums auch die anderen Hochschulen betrifft.

zu 6

Senator Prof. Dr. Hembus stellte den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an PD Dr. Jochen Casper vor. Entgegen der Aussage in der Vorlage lag keine Stellungnahme von Prof. Dr. Freund, sondern von Prof. Dr. Hampel vor. Prof. Dr. Nöldge-Schomburg, Dekanin der Medizinischen Fakultät, nahm zu den Gutachten Stellung und brachte ihre Unterstützung für den Antrag zum Ausdruck.

Mehrheitlich beschloss der Senat die Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an PD Dr. Jochen Casper.

Beschlusnummer: VI/75
Abstimmungsergebnis: 13/0/4

zu 12

Nach den einleitenden Bemerkungen des Kanzlers fand eine kurze Diskussion im Senat statt, in der der Kanzler zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nahm. Er stellte klar, dass der Anwendungsbereich für die Richtlinie der Universität Rostock über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen und Forschungs- und Lehrzulagen nicht für Juniorprofessoren, den wissenschaftlichen Mittelbau und den eventuellen studentischen Prorektor gilt. Der Anwendungsbereich der o. g. Richtlinie ist in § 2 klar definiert. Weiterhin wurden in der Aussprache die Bewertung der Lehrleistungen, die Leistungszulage der Prodekane sowie die Stufen der Leistungsbezüge diskutiert. Im Ergebnis der Diskussion beschloss der Senat einstimmig die Richtlinie der Universität Rostock über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen und Forschungs- und Lehrzulagen mit folgenden Änderungen:

- In § 3 Absatz 1 Satz 3 wird „Der Universitätsrat wird“ durch „Der Senat und der Universitätsrat werden“ ersetzt.
- In § 5 Absatz 4 Satz 2 ist der Verweis auf § 2 Abs. 4. HSLeistbVO M-V zu korrigieren.
- In § 6 Absatz 1 Satz 3 zweiter Halbsatz soll dahingehend neu formuliert werden, dass Prodekane ab einer Fakultätsgröße von über 25 Professoren einen Funktions-Leistungsbezug in Höhe von 100 € monatlich erhalten.
- In der Anlage 2 sind bei den Bewertungskriterien für den Bereich Forschung folgende Änderungen vorzunehmen:
 1. „Aufbau und Leitung wissenschaftlicher Arbeitsgruppen (insb.“ ist zu ersetzen durch „Aufbau und Leitung wissenschaftlicher Arbeitsgruppen (z. B. “
 2. „Drittmittelinwerbung, insbesondere von der DFG“ ist zu ersetzen durch „Drittmittelinwerbung, z. B. DFG, EU, BMBF“.

Beschlusnummer: VI/76
Abstimmungsergebnis: 14/0/0

zu 13

Prof. Dr. van Rienen, Dekanin der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik, stellte die erste Promotionsordnung der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik vor. Seit ihrer Neugründung hatte die Fakultät übergangsweise die Promotionsordnung der ehemaligen Fakultät für Ingenieurwissenschaften genutzt. Diese wurde nun an die Bedürfnisse der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik sowie an die Anforderungen des LHG M-V, der Grundordnung sowie der Fakultätsordnung angepasst. U. a. wurden die Seitenbeschränkung für die Dissertation aufgehoben, die Regelung zur Festlegung der Gesamtnote „summa cum laude“ überarbeitet, die Begutachtung durch mindestens einen auswärtigen Gutachter festgelegt sowie die Promotionsgebiete aktualisiert.

Im Ergebnis der Berichterstattung beschloss der Senat einstimmig die Promotionsordnung der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik.

Beschlusnummer: VI/77
Abstimmungsergebnis: 14/0/0

zu 14

Senatorin Dr. Amling hob vor dem Einstig in die Aussprache zur Änderung der Anlage 7 „Entgelte für Sprachkurse“ der Gebührenordnung hervor, dass Gebühren nur für fakultative Leistungen und nicht für die obligatorischen Sprachkurse, die Bestandteile des Curriculums sind, erhoben werden. Auf Nachfrage erklärte Senatorin Dr. Amling, dass E-Learning-Module eingekauft werden. Das Entgelt für das E-Learning-Modul wird dann auf die Studierenden umgelegt. Das Sprachenzentrum orientiert deshalb im Interesse der Studierenden auf kostengünstige Angebote und eine jeweils maximale Kursbelegung. Für die Teilnahme an einem E-Learning-Modul Latein muss ein Student ca. 40 € bezahlen. Die Zeitspanne zwischen Kursanmeldung im Sprachenzentrum und Kursbeginn beträgt etwa drei Wochen. Der Kanzler erklärte auf die Frage der studentischen Senatoren hinsichtlich eines möglichen Rücktritts vom Kurs nach der Anmeldung im Sprachenzentrum, dass in gewissen Fällen eine Rückerstattung der Kursgebühren aufgrund des Greifens der Härtefallregelung möglich ist. Im Zusammenhang mit der Erhebung von DSH-Kursgebühren für ausländische Studierende, die sich für einen englischsprachigen Studiengang eingeschrieben haben, sagte der Kanzler eine Prüfung im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Immatrikulationsordnung zu.

Einstimmig stimmte der Senat den Änderungen der Anlage 7 „Entgelte für Sprachkurse“ der Gebührenordnung der Universität Rostock zu.

Beschlusnummer: VI/78
Abstimmungsergebnis: 14/0/0

zu 15

Der Antrag der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät für die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Stiftungsprofessur „Angewandte Heterogene Katalyse/Technologien“ wurde durch Prof. Dr. Kragl, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, vorgestellt und begründet. Die Professur wird zweieinhalb Jahre lang durch die Degussa AG gestiftet und anschließend in den Haushalt der Universität überführt. Eine entsprechende Stelle zur Verstetigung der Professur liegt vor. In der nachgereichten Tischvorlage wurden die Mitglieder der Berufungskommission aufgeführt. Es wurde festgestellt, dass der

Vertreter vom Bildungsministerium lediglich als Gast an den Sitzungen teilnehmen kann. Die beiden Mitglieder von der Degussa AG nehmen an den Kommissionssitzungen stimmberechtigt teil.

Der Senat nahm die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 16

Prof. Dr. Riedel, Dekan der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät, stellte den Antrag der Fakultät auf Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur „Tiergesundheit und Tierschutz“ vor. Bei der zu besetzenden Professur handelt es sich um die Stelle des Umweltministers des Landes M-V, Prof. Dr. Methling. Die Vertretungsprofessur wurde bisher von Prof. Dr. Mohr wahrgenommen und kann aus personalrechtlichen Gründen nicht verlängert werden. Bei der Professur handelt es sich um eine Kernprofessur der agrarwissenschaftlichen Ausbildung und Forschung. Der Fakultätsrat hat deshalb der Einleitung des Berufungsverfahrens zugestimmt. Für den Fall, dass Prof. Dr. Methling aus der Politik an die Universität zurückkehrt, ist eine Finanzierung seiner Stelle abgesichert. Der Senat nahm die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu VI

Die Vorsitzende des Senats erinnerte an den Termin des akademischen Festaktes zur Überreichung der Promotions- und Habilitationsurkunden am 8. Juli 2005.

In Auswertung der Urlaubsliste wies die Vorsitzende des Senats darauf hin, dass traditionsgemäß im August keine Senatssitzung stattfinden wird. Lediglich im Fall einer erforderlichen Sondersitzung wird der Senat einberufen.

Senatorin Dr. Mannewitz, Vorsitzende der Strukturkommission, schlug für die Septembersitzung des Senats eine Präsentation der Lehr- und Forschungsvflechtungsmatrizes vor. Der Kanzler hat bereits Bereitschaft signalisiert und Unterstützung zugesagt.

Weiterhin schlug Senatorin Dr. Mannewitz vor, die von der Senatskommission aus den Zuarbeiten der Fakultäten zusammengestellte Positivliste an alle Senatsmitglieder zu verschicken, um Änderungsvorschläge abzufordern. In der nächsten Senatssitzung sollte über die Veröffentlichung der Positivliste entschieden werden.

Stud. Senator Beyer appellierte an alle Universitätsmitglieder, an der Blutspendeaktion am 7. Juli 2005 im Rahmen der Protestaktion „Uni-Blut für Rostock“ teilzunehmen.

bestätigt:

Protokoll:

Prof. Dr. Edda Siegl
Vorsitzende des Senats

Isabella Gatzke
Referat 1.2